**Zeitschrift:** Bericht über die Staatsverwaltung des Kantons Bern ... = Rapport sur l'administration de l'Etat de Berne pendant l'année ...

**Herausgeber:** Kanton Bern

**Band:** - (1967)

**Artikel:** Verwaltungsbericht der Direktion des Fürsorgewesens

**Autor:** Blaser, Adolf / Buri, Dewet

**DOI:** https://doi.org/10.5169/seals-417748

**Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

**Conditions d'utilisation**

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

**Terms of use**

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

**Download PDF:** 09.12.2025

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch**

# Verwaltungsbericht der Direktion des Fürsorgewesens

Direktor: Herr Regierungsrat Adolf Blaser
Stellvertreter: Herr Regierungsrat Dewet Buri

## I. Allgemeines

### A. Gesetzgebung und Behörden

a) Am 5. Meinungsaustausch über die Anwendung der *schweizerisch-deutschen Fürsorgevereinbarung* vom 14. Juli 1952, der im Herbst 1967 zwischen einer schweizerischen und einer deutschen Delegation in Lausanne stattfand, ging es vorab um die Orientierung über die Entwicklung der schweizerischen und der deutschen Sozial- und Fürsorgegesetzgebung in den letzten Jahren. Über die Entwicklung der schweizerischen Fürsorgegesetzgebung seit 1962 referierte der Vorsteher unserer Rechtsabteilung, Mitglied der schweizerischen Delegation.

b) Am *18. Mai 1967* erliess der Grosse Rat das *Dekret über die Organisation der Direktion des Fürsorgewesens,* das am gleichen Tag in Kraft trat. Es ersetzt das Dekret vom 12. September 1933 betreffend die Organisation der Direktion des Armen- und Kirchenwesens, soweit dieses noch in Kraft stand. Das neue Dekret behält die bisherige Gliederung der Direktion in vier Abteilungen (Sekretariat, Rechtsabteilung, Abteilung Armenfürsorge und Inspektorat) bei; doch steht die Rechtsabteilung zugleich der Gesundheitsdirektion zur Beratung in Rechtsfragen und für Gesetzgebungsarbeiten zur Verfügung. – Am *15. Februar 1967* wurde rückwirkend auf den Jahresanfang das *Schulzahnpflegedekret* vom 12. Februar 1962 *abgeändert und ergänzt.* Die Schulzahnpflege ist zwar eine Aufgabe der Schule; doch berührt sie das Fürsorgewesen insoweit, als nach dem Dekret bestimmte Aufwendungen für sie der Lastenverteilung im Sinne des Fürsorgegesetzes unterliegen: nach dem abgeänderten Absatz 1 von §19 unter Vorbehalt von Absatz 3 nunmehr: Aufklärungs- und Untersuchungskosten, Kosten von Vorbeugungsmassnahmen, Behandlungs- und Reisekostenbeiträge, Vergütungen an Leiter der Schulzahnpflege und Kontrollhefte. – Nach der am *27. Juni 1967* beschlossenen *Abänderung von Ziffer 11 des § 3 der Verordnung vom 29. Juni 1962 über die Aufwendungen des Staates und der Gemeinden für besondere Wohlfahrts- und Fürsorgeeinrichtungen* ist die Anwendung dieser Verordnung nicht mehr – wie bisher – bloss ausgeschlossen für die Besoldung der von den Gemeinden oder von Gemeindeverbänden angestellten Fürsorger und Fürsorgerinnen, sondern auch für die Beiträge der Gemeinden an die Besoldung der von privatrechtlichen Institutionen angestellten. Für die Verteilung von Besoldungskosten für Fürsorger und Fürsorgerinnen gilt ein besonderer Erlass: die *Verordnung vom 29. Juli 1966,* nach deren *§ 1* die Hälfte der Besoldungen des Gemeindefürsorgepersonals unter bestimmten Bedingungen der Lastenverteilung unterliegt. Mit Beschluss vom *27. Juni 1967* wurde diese Verordnung dahin *ergänzt,* dass Mitglieder- und andere Beiträge, die eine Gemeinde einer privatrechtlichen Körperschaft oder Stiftung leistet, ebenfalls nur zur Hälfte in die Lastenverteilung einbezogen werden können, soweit sie zur Besoldung von Fürsorgern und Fürsorgerinnen dienen, welche von der Körperschaft oder Stiftung angestellt sind. – Am *1. September 1967* beschloss der Regierungsrat auf den 1. Januar 1968 die *Aufhebung der Verordnung vom 28. Dezember 1928 über die Verwendung des Ertrages der sogenannten Moser-Stiftung* (privatrechtlicher Fonds des Staates), weil sie durch die Verhältnisse überholt war. Vom Vermögen der Moser-Stiftung wendete er Fr. 500000.– der Stiftung «Bernisches Hilfswerk» und den Rest dem Fonds für ausserordentliche Unterstützungen der Fürsorgedirektion zu, beides zu dem Zwecke, aus dem Zinsertrag der Zuwendungen minderbemittelte geisteskranke oder geistesschwache Kantonseinwohner zu unterstützen. – Auf den 1. Januar 1968 wurde durch Regierungsratsbeschluss vom *19. September 1967* auch die gleichfalls durch die Verhältnisse überholte *Verordnung vom 8. Januar 1929 über die Verwendung des Ertrages des Mühlemann-Legates aufgehoben* und das Legatsvermögen (privatrechtlicher Fonds des Staates) der Stiftung «Bernisches Hilfswerk» zugewendet; dies mit der Auflage, aus dem jährlichen Zinsertrag in erster Linie Beiträge an das Pflegegeld minderbemittelter Kranker auszurichten, welche Gemeinden des Amtsbezirkes Interlaken angehören und in den kantonalen Heil- und Pflegeanstalten oder auf Rechnung einer dieser Anstalten in der Privat-Nervenklinik Meiringen verpflegt werden, und mit der Ermächtigung an die Stiftung, den Restertrag der Zuwendung auch für andere Stiftungszwecke zu verwenden. – Schliesslich erliess der Regierungsrat am *10. Oktober 1967* das im Dekret vom 20. Februar 1962 vorgesehene *Reglement über die Kommission zur Bekämpfung des Alkoholismus,* das die Organisation, die Aufgaben und die Tätigkeit dieser seit 1942 bestehenden Kommission ordnet, für welche bisher das von der Fürsorgedirektion gestützt auf das alte Dekret erlassene Reglement vom 31. Mai 1942 galt.

c) Die Direktion des Fürsorgewesens erliess im Berichtsjahr folgende *Kreisschreiben:*
Fü Nr. 40 vom 20. Januar betreffend Kostgelder und Bekleidungsbeiträge in den staatlichen Erziehungsheimen,
Fü Nr. 41 vom 20. April betreffend Nebenauslagen bei der Verpflegung und Behandlung Bedürftiger in bernischen Bezirks- und Gemeindespitälern,
Fü Nr. 42 vom 15. August betreffend Fürsorge für unbemittelte französische Staatsangehörige,
Fü Nr. 43 vom 15. August betreffend Krankenversicherung,
Fü Nr. 44 vom 11. Dezember betreffend Taschengelder für Heiminsassen und Patienten.

d) *Parlamentarische Eingänge.* Im Berichtsjahr nahm der Grosse Rat die Motion von Herrn Grossrat Gigandet vom 15. Februar 1967 betreffend Ernennung einer jurassischen Invalidenhilfe-Kommission als Postulat an, nachdem sich der Motionär mit der

Umwandlung in ein solches einverstanden erklärt hatte. Ferner erklärte er folgende Postulate erheblich: von Herrn Grossrat Kopp vom 9. November 1966 betreffend Verstärkung des Kampfes gegen den Alkoholismus und insbesondere den personellen Ausbau der 1965 geschaffenen Vorsorgestelle, von Herrn Grossrat Dr. Achermann vom 8. Februar 1967 betreffend Förderung schwerbehinderter und geistesschwacher Kinder und von Herrn Grossrat Eggenberg vom 17. Mai 1967 betreffend Weiterbetreuung und -ausbildung schwergeschädigter Kinder nach Abschluss der Schulzeit. Behandelt wurden ferner folgende Interpellationen: von Herrn Grossrat Ischi vom 17. November 1966 betreffend Wiederaufbau der durch Brand zerstörten Scheune des staatlichen Knabenerziehungsheimes Aarwangen, von Herrn Grossrat Kopp vom 17. Mai 1967 betreffend Sozialplanung für die Invalidenhilfe und von Herrn Grossrat Eichenberger (Bolligen) vom 13. September 1967 betreffend Schaffung von Wohnheimen für Alkohol- und andere Gefährdete. Alle drei Interpellanten erklärten sich von der Antwort des Sprechers des Regierungsrates befriedigt. Schliesslich beantwortete der Regierungsrat die Schriftliche Anfrage vom 6. Februar 1967 von Herrn Grossrat Fankhauser betreffend Unterstützung der Familie des wegen Brandstiftung angeschuldigten und nach Frankreich entwichenen Terroristen Jean-Baptiste Hennin; der Fragesteller erklärte sich von der erhaltenen Auskunft befriedigt. Die Behandlung der am 16. November 1967 von Herrn Grossrat Jardin eingereichten Motion betreffend das von einer privaten Institution in La Chaux-d'Abel geplante Heim für zerebral gelähmte Kinder fiel nicht mehr ins Berichtsjahr.

e) Mit ihren Empfehlungen vom 23. Juni 1967, denen eine Eingabe unserer Direktion zugrunde lag, legte die *Konferenz der kantonalen Fürsorgedirektoren* den Kantonsregierungen nahe, an das von der Invalidenversicherung in der zweiten Defizitdeckungsstufe nicht übernommene restliche Betriebsdefizit privater Sonderschulen einen anteilsmässigen Beitrag für jedes im Kanton wohnhafte Kind zu leisten, das in einem andern Kanton eine solche Schule besucht, und zwar nicht als Armenunterstützung. Ferner intervenierte die Konferenz bei den zuständigen Behörden dahin, die Invalidenversicherung möge hinsichtlich ihrer Betriebsbeiträge die Sonderschulen öffentlicher Gemeinwesen nicht ungünstiger behandeln als die Sonderschulen privater Institutionen.

f) Die *kantonale Fürsorgekommission* beklagt den Verlust zweier ihrer Mitglieder. Am 15. Februar 1967 starb Herr Hans Feldmann, Kaufmann in Lützelflüh, und am 4. Oktober 1967 Herr Laurent Aubry, Fürsprecher in Saignelégier. Ihnen sei auch hier für ihre langjährige wertvolle Mitarbeit im Interesse der bernischen Fürsorge gedankt. An ihre Stelle wählte der Regierungsrat als neue Kommissionsmitglieder die Herren Ulrich Gerber, Kaufmann in Langnau i. E., und Jean Jobé, Regierungsstatthalter in Pruntrut. – Die Kommission behandelte im Berichtsjahr hauptsächlich folgende Geschäfte: Sie teilte jedem ihrer Mitglieder ein bestimmtes Gebiet zur Erfüllung der in Artikel 10 des Fürsorgegesetzes umschriebenen besonderen Aufgaben neu zu, nahm Stellung zu einem drohenden Naturschaden in Meiringen, wo sich an einem Steilhang ein Felskopf löst, und begutachtete zuhanden der Fürsorgedirektion verschiedene Bauprojekte, hauptsächlich für Altersunterkünfte. Schliesslich stimmte sie dem Antrag der Fürsorgedirektion zu, den ordentlichen Ansatz für die Beiträge 1967 des Naturschadenfonds in den auch vom schweizerischen Elementarschadenfonds berücksichtigten Schadenfällen auf 30% des anrechenbaren Schadens festzusetzen und in den vom schweizerischen Fonds abgewiesenen, jedoch nach den Bestimmungen des Dekretes vom 20. November 1956/20. November 1961 zu berücksichtigenden Schadenfällen auf 40%.

g) Die *kantonale Kommission zur Bekämpfung des Alkoholismus* erfuhr in ihrer Zusammensetzung vier Änderungen. Anstelle der berufs- bzw. altershalber auf Ende 1966 zurückgetretenen jurassischen Mitglieder Herrn Curé Georges Sauvain und Herrn alt Regierungsstatthalter Marcel Bindit wählte der Regierungsrat die Herren Dr. Edmond Guéniat, Seminardirektor in Pruntrut, und William Schaffter, Conseiller social in Münster, und anstelle der auf Ende 1967 altershalber ausgeschiedenen Herren alt Nationalrat Karl Geissbühler und alt Lehrer Werner Grimm die Herren Grossrat Fritz Eichenberger, Fürsorger in Bolligen, und Walter A. Gerber, Sekundarlehrer in Uettligen. – Das Berichtsjahr 1967 war für die Kommission das 25. Jahr ihres Bestehens. Als älteste aller heute bestehenden kantonalen Kommissionen auf diesem Gebiet hatte sie manche Pionierarbeit zu leisten und die Nützlichkeit ihrer Existenz unter Beweis zu stellen. Sie und ihr Ausschuss für Schulaufklärung hielten im Berichtsjahr je eine Sitzung ab. An der Plenarsitzung behandelte die Kommission schwebende Fragen, wie die Errichtung einer Spitalstation für Alkoholkranke, den Alkoholzehntel, die Schulaufklärung hinsichtlich Alkoholgefahren, die alkoholfreie Bauplatzverpflegung und die bevorstehende Revision des Gastwirtschaftsgesetzes. Auch hatte sie zuhanden der Fürsorgedirektion den Entwurf zu einem neuen Kommissionsreglement zu beraten.

h) Konferenzen der *Kreisfürsorgeinspektoren* fanden in Thun, Burgdorf und Münster statt. An ihnen referierten Beamte der Fürsorgedirektion über die Unterstützung von Angehörigen anderer Kantone und von Ausländern, insbesondere über die Voraussetzungen des Kostenersatzes durch die Heimatbehörden, ferner über die Führung besonderer Wohlfahrts- und Fürsorgeeinrichtungen im Sinne der Verordnung vom 29. Juni 1962/27. Juni 1967 und die daraus sich ergebenden finanziellen Konsequenzen. – Bei den Kreisfürsorgeinspektoren traten folgende Mutationen ein:

| | |
|---|---|
| Kreis 6 | Pfarrer Hans Emil Schneeberger, Langenthal, bisher; *Hanspeter Schaad,* Lehrer, Langenthal, neu. |
| Kreis 12a | *Erich Schürer,* Lehrer, Ostermundigen, neu (Kreis 12a, umfassend die Viertelsgemeinde Ostermundigen, auf den 1. Januar 1968 abgetrennt von Kreis 12). |
| Kreis 13 | Pfarrer Karl Wilhelm Haldi, Boll, bisher; *Walter Flückiger,* Lehrer, Stettlen, neu. |
| Kreis 38 | Heinrich Marti, Reichenbach i. K., bisher; *Gottlieb Trachsel-Schmutz,* Oberlehrer, Frutigen, der weiterhin Inspektor des Kreises 39 bleibt, neu. |
| Kreis 73 | Max Gehrig, Rüschegg, bisher; *Alfred Walter Nafzger,* Lehrer, Hirschmatt, Guggisberg, neu. |
| Kreis 78 | Hans Zürcher, Wattenwil, bisher; *Heinz Friedrich Reinhard,* Lehrer, Burgistein, neu. |
| Kreis 88 | Alfred Mosimann-Friedli, Blankenburg, bisher; *Hans Burkhalter,* Lehrer, Reichenstein, Zweisimmen, neu. |
| Kreis 91 | Jakob Stähli, Thun, bisher; *Alfred Geissbühler,* Lehrer, Thun, neu. |

## B. Personal

Die Direktion des Fürsorgewesens beschäftigte am Jahresende 54 Personen (einschliesslich 1 Hauswart und 1 Abwart) gegenüber 55 am Jahresanfang. Ein Neueintritt erfolgte am 3. Januar 1968. – Auf den 1. April 1968 wählte der Regierungsrat als neuen Direktionssekretär der Fürsorgedirektion Herrn Lic. rer. pol. Hans Dreyer, Beamter des Bundesamtes für Sozialversicherung, und auf den 1. Mai 1968 als neuen kantonalen Fürsorgeinspektor Herrn Fritz Heinz Tschanz, Pfarrer in Bern, den erstern an die Stelle des Herrn Dr. Ernst Brägger und den letztern an die Stelle des Herrn Dr. Max Kiener, die beide altershalber aus dem Staatsdienst ausscheiden.

## II. Fürsorge der bernischen Gemeinden

Die Beratung der Fürsorgeorgane der Gemeinden durch Beamte des Fürsorgeinspektorates – wie sie im Berichtsjahr wiederum erfolgte – erweist sich immer wieder als sehr nützlich und für die Gemeinden wie für den Staat auch von finanziellem Interesse. Unsicherheit besteht mancherorts über das Vorgehen bei der Unterstützung von Nichtbernern. Die Förderung der Schulzahnpflege wurde angestrebt. Es zeigt sich immer mehr, dass die Überweisung der Renten und Zusatzleistungen durch die Post den Bedürfnissen nach menschlichem Kontakt der sich einsam fühlenden alleinstehenden Personen nicht Rechnung trägt. Diese Lücke sollte durch private Initiative geschlossen werden.
Aus den im Verwaltungsbericht 1965 erwähnten Gründen wird nachstehend über die Fürsorgefälle und die Fürsorgeausgaben des Jahres *1966* berichtet. Die das Jahr 1967 betreffenden Angaben werden im nächsten Verwaltungsbericht enthalten sein.
Vorauszuschicken ist, dass der Anteil der Gesamtheit der Gemeinden an den zu verteilenden bernischen Fürsorgeaufwendungen des Jahres 1966 gegenüber 1965 um Fr. 57492.25 auf Fr. 15906468.50 gesunken ist (vgl. unter Abschnitt «VI. Lastenverteilung» hiernach).

### A. Armenfürsorge

Wie aus Tabelle 1 hervorgeht, ist die Zahl der Unterstützungsfälle im Jahre 1966 gegenüber dem Vorjahr um 576 und diejenige der unterstützten Personen um 539 zurückgegangen. Dagegen erhöhten sich – zufolge der ständig steigenden Lebenshaltungskosten und der Erhöhung der Pflegekosten in den Spitälern, Anstalten und Heimen – die Bruttoausgaben um Fr. 1251539.– oder 5,65% und die Nettoausgaben um Fr. 489290.– oder 4,91%. Von den Gesamteinnahmen entfielen 1,12% auf Burgergutsbeiträge, 22,14% auf familienrechtliche Beiträge und Rückerstattungen, 9,89% auf heimatliche Vergütungen, 5,35% auf allgemeine Einnahmen (Erträgnisse der Gemeindearmengüter und von Stiftungen, Geschenke, Vergabungen) und 61,50% auf die übrigen Einnahmen (Renten usw.).

### B. Alters-, Hinterlassenen- und Invalidenfürsorge

Von den insgesamt 492 bernischen Gemeinden gewährten im ersten Halbjahr 1966 deren 466 Leistungen dieser Fürsorge, und zwar im Betrage von netto Fr. 7273008.–. Im Jahre 1965 (ganzes Jahr) waren es 459 Gemeinden. Auf den 1. Juli 1966 wurde, wie bereits im Vorjahresbericht erwähnt, die im dritten Teil des Fürsorgegesetzes geordnete Alters-, Hinterlassenen- und Invalidenfürsorge aufgehoben, und es trat in diesem Zeitpunkt das Gesetz vom 17. April 1966 über Ergänzungsleistungen zur Alters-, Hinterlassenen- und Invalidenversicherung in Kraft. Denjenigen Personen, die beim Inkrafttreten dieses Gesetzes eine Leistung der Alters-, Hinterlassenen- und Invalidenfürsorge bezogen, richteten die Fürsorgebehörden bis zur Festsetzung der Ergänzungsleistungen durch die kantonale Ausgleichskasse unter bestimmten Voraussetzungen die bisherigen Bezüge als Vorschüsse auf die Ergänzungsleistungen aus (vgl. Art. 23 ELG sowie die Ausführungen in Abschnitt IV hiernach). Diese Vorschüsse betrugen im zweiten Halbjahr 1966 Fr. 4816864.–.

### C. Weitere besondere Fürsorgeeinrichtungen

*1. Notstandsfürsorge und besondere Notstandsaktionen.* Im Jahre 1966 erbrachten 106 Gemeinden (Vorjahr 91) hierfür Leistungen. Sie haben dafür Fr. 1991226.– aufgewendet oder Fr. 132629.– mehr als im Vorjahr (Fr. 1858597.–).

*2. Schulzahnpflege.* Gemäss dem Dekret vom 12. Februar 1962/15. Februar 1967 ist die Schulzahnpflege Sache der Schulgemeinden und Schulgemeindeverbände für die ihre Schulen besuchenden Kinder. Doch unterliegen die Aufklärungs- und Untersuchungskosten, die Kosten von Vorbeugungsmassnahmen, die Vergütungen an Leiter der Schulzahnpflege, die Aufwendungen für die Kontrollhefte, die Reisekostenbeiträge sowie die Behandlungskostenbeiträge für minderbemittelte Waisen und Kinder minderbemittelter Eltern als Kosten für eine Fürsor-

Rechnungsergebnisse der Armenfürsorge der bernischen Gemeinden für das Jahr 1966 — Tabelle 1

| | Fälle | Personen | Ausgaben | Einnahmen | Reinaufwand | Vergleich mit dem Vorjahr: Fälle | Personen | Reinaufwand |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| | | | Fr. | Fr. | Fr. | | | Fr. |
| Berner | 9 461 | 13 193 | 19 635 642.55 | 9 456 697.90 | 10 178 944.65 | 9 813 | 13 966 | 9 860 475.— |
| Nichtberner | 2 195 | 3 401 | 3 770 135.30 | 2 812 539.60 | 957 595.70 | 2 419 | 3 167 | 690 805.— |
| Total Armenfürsorge | | | 23 405 777.85 | 12 269 237.50 | 11 136 540.35 | | | 10 551 280.— |
| Allgemeine Einnahmen (Erträgnisse von Stiftungen, Schenkungen, Vergabungen) | | | | 33 650.— | | | | — 17 921.— |
| Erträgnisse der Armengüter | | | | 659 450.55 | — 693 100.55 | | | — 579 209.— |
| | 11 656 | 16 594 | 23 405 777.85 | 12 962 338.05 | 10 443 439.80 | 12 232 | 17 133 | 9 954 150.— |
| Für die Lastenverteilung in Betracht fallend | | | | | 11 326 073.20 | | | 10 929 296.— |

[1] Gemäss Art. 33 FG werden nur ²/₃ der vereinnahmten Verwandtenbeiträge und Rückerstattungen in die Lastenverteilung einbezogen.

Alters-, Hinterlassenen- und Invalidenfürsorge im ersten Halbjahr 1966 — Tabelle 2

| Bezügergruppen | Männer | Frauen | Ehepaare | Witwen ohne Kinder | Witwen mit Kindern | Einfache Waisen | Vollwaisen | Kinder unter 20 Jahren | Total: Fälle | Total: Personen |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| Betagte | 2 185 | 8 782 | 2 147 | — | — | — | — | — | 13 114 | 15 261 |
| Hinterlassene | — | — | — | 466 | 351 | 67 | 23 | — | 907 | 1 599 |
| Invalide | 324 | 398 | 169 | — | — | — | — | 32 | 923 | 1 092 |
| Total | 2 509 | 9 180 | 2 316 | 466 | 351 | 67 | 23 | 32 | 14 944 | 17 952 |
| Vorjahr | 2 757 | 9 480 | 2 300 | 522 | 303 | 60 | 28 | 27 | 15 477 | 18 408 |

Tabelle 3

| Fürsorgeleistungen | Fürsorgeleistungen Fr. | Einnahmen (Rückerstattungen) Fr. | Nettoausgaben Fr. |
|---|---|---|---|
| Altersfürsorge | 6 669 761.10 | 230 281.— | 6 439 480.10 |
| Hinterlassenenfürsorge | 414 766.15 | 4 728.— | 410 038.15 |
| Invalidenfürsorge | 444 609.20 | 21 118.95 | 423 490.25 |
| Total erstes Halbjahr 1966 | 7 529 136.45 | 256 127.95 | 7 273 008.50 |
| Vorschüsse auf die Ergänzungsleistungen im zweiten Halbjahr 1966 (ELG Art.23) | | | 4 816 864.45 |
| Für die Lastenverteilung in Betracht fallend | | | 12 089 872.95 |
| Vorjahr | 14 177 940.— | 521 199.— | 13 656 741.— |

| | 1966 Fr. | 1965 Fr. |
|---|---|---|
| Mitgliederbeiträge und Subventionen an Vereinigungen zur Aus- und Fortbildung von Mitgliedern und Beamten von Fürsorge- und Vormundschaftsbehörden | 11 037.— | 9 802.— |
| Vergütungen an Mitglieder und Beamte von Fürsorge- und Vormundschaftsbehörden für die Teilnahme an Amtsversammlungen sowie an Vorträgen, Tagungen und Kursen zur Aus- und Weiterbildung | 15 324.— | 19 020.— |
| Besoldungskosten für Fürsorger und Fürsorgerinnen (die Hälfte davon der Lastenverteilung unterliegend) | 1 058 632.20 | 906 132.— |
| Total | 1 035 043 20 | 934 954.— |

geeinrichtung der Lastenverteilung, weshalb sie gesamthaft in den Fürsorgerechnungen der Einwohner- und gemischten Gemeinden verbucht werden. Im Jahre 1966 waren dies Fr. 1 249 185.–, d. h. Fr. 51 386.– mehr als 1965 (Fr. 1 197 799.–).

*3. Bekämpfung des Alkoholismus.* Nach dem Dekret vom 20. Februar 1962 über die Bekämpfung des Alkoholismus unterliegen angemessene Aufwendungen der Einwohner- und gemischten Gemeinden für die Förderung von Bestrebungen, Veranstaltungen und Einrichtungen zur Alkoholismusbekämpfung im vollen Umfange der Lastenverteilung. Die Gemeinden wendeten im Jahre 1966 für die erwähnten Zwecke Fr. 494 284.– auf (1965: Fr. 417 195.–).

*4. Übrige Einrichtungen.* Die Einwohner- und gemischten Gemeinden gaben im Jahre 1966 für Einrichtungen der allgemeinen Fürsorge für Minderbemittelte, der Jugendfürsorge, der Familienfürsorge und für Gesundheits-, Kranken- und Alterspflege Fr. 8 272 048.– aus (1965: Fr. 8 070 095.–). Unter den Bedingungen der Verordnung vom 29. Juni 1962/27. Juni 1967 über die Aufwendungen des Staates und der Gemeinden für besondere Wohlfahrts- und Fürsorgeeinrichtungen, des Regierungsratsbeschlusses vom 15. November 1962 über die Aufwendungen der Gemeinden für Alterssiedlungen und des Regierungsratsbeschlusses vom 4. September 1963 über die Aufwendungen der Gemeinden für Invalidenwohnungen können solche Kosten in die Lastenverteilung einbezogen werden.

### D. Fürsorgeheime

Die Verordnung vom 15. Juni 1962/17. April 1964 über die Aufwendungen des Staates und der Gemeinden für Fürsorgeheime statuiert, dass die Einwohner- und gemischten Gemeinden unter bestimmten Bedingungen ihre Betriebsaufwendungen für Fürsorgeheime in die Lastenverteilung einbeziehen können; zu den Betriebskosten zählen auch bestimmte Abschreibungsraten und Zinsverluste auf Bau- und Einrichtungsaufwendungen. Im Jahre 1966 beliefen sich die daherigen Ausgaben der Gemeinden auf Fr. 4 112 545.– oder Fr. 36 352.– mehr als 1965 (Fr. 4 076 193.–).

### E. Personalkosten

An Personalkosten, welche gemäss den Verordnungen vom 29. Juni 1962 und 29. Juli 1966 der Lastenverteilung unterliegen, wendeten die Einwohner- und gemischten Gemeinden im Jahre 1966 auf:

## III. Fürsorge des Staates

### A. Armenfürsorge

*1. Für Kantonsbürger*

a) Allgemeines

Die Zahl der Unterstützungsfälle (Berner in andern Kantonen, im Ausland und heimgekehrte Berner) betrug im Berichtsjahr 6624; sie hat sich gegenüber dem Vorjahr um 1055 verringert. Dieser grosse Rückgang ist zur Hauptsache zurückzuführen auf die zur Ausrichtung gelangenden Ergänzungsleistungen, dank deren bisher unterstützte Bezüger von Alters-, Hinterlassenen- und Invalidenrenten von der Armenfürsorge losgelöst werden konnten. Bedingt durch den Rückgang der Unterstützungsfälle gingen die reinen Aufwendungen der Armenfürsorge des Staates trotz Erhöhung der Kostgeldansätze in Heimen, Anstalten und Spitälern gegenüber dem Vorjahr um Fr. 1 953 528.– zurück. Die Zusammenstellung auf Seite 237 gibt darüber in den Einzelheiten Aufschluss. Die Abnahme der Unterstützungsfälle ermöglichte es, mehr Zeit für die eingehendere Betreuung schwieriger Fälle zu verwenden. Die Zahl der Schützlinge, die keine Unterstützung, jedoch eine intensive Betreuung nötig haben, ist im Wachsen begriffen. Nach dem Wortlaut von Artikel 57 des Fürsorgegesetzes hat ja auch die Betreuung das Primat vor der Unterstützung. – Nachdem nun alle Kantone dem Konkordat über die wohnörtliche Unterstützung beigetreten sind, konnten die Gesuche von ausserhalb des Kantons Bern unterstützten Bernern auf die schwierigsten Fälle beschränkt werden. – Die Fürsorgeabteilung der Direktion, die sich der Minderjährigen und besonders der betreuungsbedürftigen Frauen annimmt, setzte auch im Berichtsjahr ihre Arbeit mit gutem Erfolg fort. Für die Lehrlinge geeignete Lehrstellen zu finden fällt leicht, schwerer jedoch Unterkunft und erzieherische Betreuung.

b) Konkordat über die wohnörtliche Unterstützung

Der Verkehr mit den Konkordatskantonen, der gemäss Artikel 35 des Konkordats und Artikel 11 Ziffer 2 des bernischen Fürsorgegesetzes über die kantonale Fürsorgedirektion geht, wickelte sich im Berichtsjahr zum Wohle der Bedürftigen reibungslos ab. Der Schiedsspruch des Eidgenössischen Justiz- und Polizeidepartementes musste in keinem Falle verlangt werden. Der durchschnittliche Anteil des Kantons Bern als Heimatkanton an den Konkordatsunterstützungen für Berner in andern Kantonen betrug 67% (gegenüber 68% im Vorjahr). Über die Anwendung des Unterstützungskonkordates im Kanton Bern wurden die Kreisfürsorgeinspektoren besonders instruiert.

c) «Heimkehrer»

Für die aus dem Ausland oder aus andern Kantonen in den Heimatkanton zurückgekehrten bedürftigen Berner ist nach Artikel 77 des Fürsorgegesetzes der Staat so lange zuständig, bis sie im Kanton einen neuen Wohnsitz begründet haben. Die Mehrzahl dieser «Heimkehrer» hält sich in bernischen Heimen und Anstalten auf. Für eine Anzahl Bedürftiger, die bereits ausserhalb des Kantons Bern von der Fürsorgedirektion unterstützt werden mussten, wurde die Führung des Falles aus Zweckmässigkeitsgründen auch nach ihrer Ansiedlung in einer bernischen Gemeinde beibehalten. Die Zahl der «Heimkehrer» ging im Berichtsjahr um 281 auf 1104 zurück, der Unterstützungsaufwand um Fr.37775.– auf Fr.3477492.–. Vom Personal der Fürsorgedirektion werden immer noch eine grosse Zahl von Vormundschaften und Beistandschaften geführt. In rund 100 Fällen verwaltet ein Beamter der Fürsorgedirektion mit Zustimmung der sich in Heimen und Anstalten befindenden, nicht bevormundeten Berechtigten die ihnen zustehenden Renten und Ergänzungsleistungen.

d) Berner im Ausland

Die Fürsorgeabkommen zwischen der Schweiz und den Nachbarstaaten Bundesrepublik Deutschland und Frankreich haben auch im Berichtsjahr gut funktioniert. Ungefähr die Hälfte sämtlicher Aufwendungen für Berner im Ausland müssen für Landsleute in Frankreich eingesetzt werden. Die Pflegetaxen in den der allgemeinen Fürsorgeverwaltung von Paris unterstehenden Spitälern und Altersheimen betrugen im Jahre 1967 Fr.29.– bis Fr.201.– pro Tag. – Immer mehr muss sich die Fürsorgedirektion mit der Heimnahme von hilfebedürftigen und kranken Bernern aus der ganzen Welt befassen. Abenteuerlustige Jugendliche, aber öfters auch Erwachsene, die sich in unserem Land nicht zurechtfinden, begeben sich ins Ausland, geraten in eine Notlage und erwarten dann, dass sie zu Lasten der Armenfürsorge unterstützt und auf deren Kosten wieder in die heimatlichen Gefilde zurückbefördert werden. Obschon weder die Kantone noch der Bund völkerrechtlich (höchstens staatsvertraglich) verpflichtet sind, Schweizer Bürger im Ausland zu unterstützen oder von dort heimzunehmen, können menschliche Gründe und die Rücksichtnahme auf das nationale Ansehen dazu führen, solchen Bürgern heimatlicherseits zu helfen. Dabei muss von Fall zu Fall entschieden werden.

e) Einnahmen

Die Mehreinnahmen von Fr.1987583.– gegenüber dem Vorjahr stammen hauptsächlich von den aus bestimmten rechtlichen Gründen der Fürsorgedirektion ausbezahlten Ergänzungsleistungen zur Alters-, Hinterlassenen- und Invalidenversicherung. Die Einnahmen aus Verwandtenbeiträgen und Rückerstattungen waren entsprechend dem Rückgang der Fälle rückläufig. Sie werden übrigens nur dann eingefordert, wenn die Pflichtigen sich in günstigen Verhältnissen befinden, während hingegen gegenüber pflichtvergessenen Alimentenschuldnern nach wie vor beharrlich vorgegangen wird.

*2. Für Kantonsfremde*

Für Nichtberner ohne Wohnsitz im Kanton Bern, die beim Eintritt der Fürsorgebedürftigkeit Insassen bernischer Heime oder bernischer Anstalten sind, ist nach Artikel 74 Absatz 2 des Fürsorgegesetzes der Staat fürsorgepflichtig. Für sie schliesst die Rechnung 1967 bei Einnahmen von Fr.27311.85 und Ausgaben von Fr.25000.– mit einem Einnahmenüberschuss von Fr.2311.85 ab. Dies, weil Einnahmen, die das Jahr 1966 betreffen, erst im Berichtsjahr verbucht werden konnten.

Unterstützungsausgaben des Staates für bernische Kantonsbürger im Jahre 1967

| Wohnort der Unterstützten | Anzahl Unterstützungsfälle | Von den Wohnkantonen ausgerichtete Konkordatsunterstützungen: Total | Anteil des Wohnkantons | Unterstützungen zu Lasten des Kantons Bern und bernischer Anteil an Konkordatsunterstützungen |
|---|---|---|---|---|
| *a) Andere Kantone* | | Fr. | Fr. | Fr. |
| Zürich | 812 | 1 434 133 | 436 819 | 997 314 |
| Luzern | 216 | 388 739 | 121 645 | 267 094 |
| Uri | 4 | 9 418 | 3 522 | 5 896 |
| Schwyz | 16 | 52 104 | 10 654 | 41 450 |
| Obwalden | 3 | 12 632 | 4 570 | 8 062 |
| Nidwalden | 2 | 10 768 | 5 384 | 5 384 |
| Glarus | 3 | 5 611 | 2 806 | 2 805 |
| Zug | 21 | 39 523 | 10 014 | 29 509 |
| Freiburg | 111 | 216 801 | 79 320 | 137 481 |
| Solothurn | 331 | 760 421 | 310 208 | 450 213 |
| Basel-Stadt | 347 | 670 652 | 137 258 | 533 394 |
| Baselland | 201 | 319 010 | 94 086 | 224 924 |
| Schaffhausen | 54 | 90 139 | 30 573 | 59 566 |
| Appenzell A.-Rh. | 9 | 12 699 | 2 325 | 10 374 |
| Appenzell I.-Rh. | — | — | — | — |
| St. Gallen | 154 | 241 374 | 67 197 | 174 177 |
| Graubünden | 32 | 61 971 | 20 006 | 41 965 |
| Aargau | 262 | 471 323 | 163 754 | 307 569 |
| Thurgau | 104 | 142 565 | 46 440 | 96 125 |
| Tessin | 49 | 101 286 | 34 759 | 66 527 |
| Waadt | 975 | 2 212 852 | 817 657 | 1 395 195 |
| Wallis | 28 | 43 974 | 9 158 | 34 816 |
| Neuenburg | 820 | 1 966 282 | 640 380 | 1 325 902 |
| Genf | 724 | 1 153 527 | 446 104 | 707 423 |
| Total | 5 278 | 10 417 804 | 3 494 639 (33%) | 6 923 165 |
| *b) Ausland* | | | | |
| Deutschland | 27 | — | — | 75 061 |
| Frankreich | 152 | — | — | 190 726 |
| Italien | 11 | — | — | 11 373 |
| Übriges Ausland | 52 | — | — | 74 392 |
| Total | 242 | — | — | 351 552 |
| *c) Kanton Bern* (Heimkehrer) | 1 104 | — | — | 3 477 492 |
| *d) Zusammenzug* | | | | |
| Berner in andern Kantonen | 5 278 | — | — | 6 923 165 |
| Berner im Ausland | 242 | — | — | 351 552 |
| Heimkehrer | 1 104 | — | — | 3 477 492 |
| Total Ausgaben | 6 624 | — | — | 10 752 209 |

| *e) Einnahmen* | Fr. | |
|---|---|---|
| Unterhalts- und Verwandtenbeiträge | 795 967 | |
| Rückerstattungen der Unterstützten und ihrer Erben | 382 961 | |
| Alters-, Hinterlassenen- und Invalidenrenten, Ergänzungsleistungen | 5 243 791 | |
| Andere Einnahmen (Schulungskostenbeiträge, Stipendien, Bundesbeiträge, Vergütungen pflichtiger Gemeinden) | 618 294 | |
| Total Einnahmen | | 7 041 013 |
| *f) Reinausgaben 1967* | | 3 711 196 |

*g) Vergleiche*

| | Fälle | Rohausgaben | Einnahmen | Reinausgaben |
|---|---|---|---|---|
| 1967 | 6 624 | 10 752 209 | 7 041 013 | 3 711 196 |
| 1966 | 7 679 | 10 718 154 | 5 053 430 | 5 664 724 |
| 1965 | 8 428 | 11 616 854 | 4 640 053 | 6 976 801 |
| 1964 | 9 081 | 11 629 918 | 4 706 416 | 6 923 502 |

| | Fälle | Roh-ausgaben | Ein-nahmen | Rein-ausgaben |
|---|---|---|---|---|
| 1963 | 9 141 | 9 528 616 | 3 657 012 | 5 871 604 |
| 1962 | 9 514 | 9 762 014 | 3 026 288 | 6 735 726 |
| 1961 | 9 426 | 9 430 448 | 3 342 724 | 6 087 724 |
| 1960 | 10 003 | 10 795 341 | 3 120 969 | 7 674 372 |
| 1955 | 10 688 | 9 497 538 | 1 825 750 | 7 671 788 |
| 1950 | 11 791 | 8 655 288 | 1 344 293 | 7 310 995 |
| 1945 | 11 948 | 7 203 973 | 2 139 542 | 5 064 431 |

## B. Naturschadenfonds

(Hilfe bei unversicherbaren Elementarschäden)

Die starken Sturmwinde im Februar und März 1967 hatten bedeutende Schäden in den Wäldern vieler Gegenden des Kantons zur Folge. Aus 87 Gemeinden wurden 558 Gesuche an den Naturschadenfonds um Beiträge an die Sturmschäden gestellt. In den besonders stark betroffenen Gebieten liess die Fürsorgedirektion durch die Kreisexperten des kantonalen Naturschadenfonds Instruktionskurse für die Gemeindeschätzer abhalten. Die Waldschadenanzeigen wurden von den Kreisexperten in Zusammenarbeit mit den Organen des Schweizerischen Elementarschadenfonds stichprobenweise geprüft. Diese Arbeit liess sich jedoch bis Jahresende nicht abschliessen. Die Beiträge an die Waldschäden werden deshalb erst im Jahre 1968 zugesprochen und ausbezahlt werden können. – Aus 84 Gemeinden wurden im Berichtsjahr ausserdem 445 andere unversicherbare Elementarschäden gemeldet, insbesondere zahlreiche Schneedruckschäden auf Alpweiden, die der schneereiche Winter 1966/67 verursacht hat. Bis zum Jahresende konnte 299 Beitragsgesuchen mit einer Schadensumme von Fr. 234 258.– entsprochen werden. 116 Gesuche sind noch hängig.
Für die Schäden des Jahres 1967 wurden im Berichtsjahr Fr. 70 375.– ausbezahlt, für Schäden aus früheren Jahren Fr. 70 730.–. Mit den Schätzungs- und übrigen Verwaltungskosten von Fr. 8916.45 betragen die Ausgaben des kantonalen Naturschadenfonds im Jahre 1967 total Fr. 150 021.45. Die Einnahmen (Fondszinsen und Wasserzinsanteil) belaufen sich auf Fr. 469 574.20, so dass sich ein Einnahmenüberschuss von Fr. 319 552.75 ergab. Das Fondsvermögen erhöhte sich damit auf Ende 1967 von Fr. 3 584 979.20 auf Fr. 3 904 531.95.

## C. Bekämpfung des Alkoholismus

Es zeigt sich immer mehr, dass die 1965 eingeführte Institution eines hauptamtlichen kantonalen Vorsorgers zur Bekämpfung der Alkoholgefahren und zur Aufklärung der Bevölkerung über die Wirkungen des Alkoholgenusses einem Bedürfnis entspricht. Vorsorgefragen standen auch im Berichtsjahr sowohl bei der Fürsorgedirektion als auch bei der ihr als beratendes Organ zur Seite stehenden kantonalen Kommission zur Bekämpfung des Alkoholismus auf der Tagesordnung. Anfangs 1967 erfolgte die Gründung eines bernischen Vereins für gesunde Arbeitsplatzverpflegung, an der auch die kantonale Kommission beteiligt war. Der Verein soll der schon eingeleiteten Teeaktion auf bernischen Bauplätzen durch den Vorsorger und einen Blaukreuzfürsorger den wünschbaren Rückhalt geben und auf breiter Basis für den Gedanken einer alkoholfreien Arbeitsplatzverpflegung werben. In den Fragen der Schulaufklärung sind wiederholt Schritte sowohl bei der kantonalen Erziehungsdirektion wie bei Seminardirektoren und andern Lehrerkreisen unternommen worden. Eine wirksame Aufklärung durch den Lehrer an der Volksschule ist eben nur zu erreichen, wenn es gelingt, bereits die Seminaristen dafür zu interessieren und ihnen die nötigen Kenntnisse und Unterlagen zu vermitteln, damit sie im Unterricht auch die Alkoholfrage berühren können. An den Primar- und Sekundarschulen in der Stadt Bern und in zahlreichen andern Ortschaften des Kantons wurde die bereits im Vorjahr eröffnete, von der Fürsorgedirektion auch finanziell unterstützte Wanderausstellung über Suchtgefahren gezeigt. Im Berichtsjahr ist nun unter tatkräftiger Mitwirkung der Gewerbeschule Bern und einzelner ihrer Lehrer eine neue, modern konzipierte und auf das Alkoholproblem konzentrierte, von der Fürsorgedirektion ebenfalls subventionierte Wanderausstellung entstanden, die bereits im November zum Einsatz kam. Hinsichtlich der Aufklärung der Gymnasiasten wurde mit dem Direktor des Gerichtsmedizinischen Institutes der Universität Bern Fühlung genommen, um ihnen anhand von alkoholbedingten Verkehrsunfällen die Alkoholgefahren vor Augen zu führen. Ein Anliegen der kantonalen Kommission und des Vorsorgers war und ist, für eine grössere Verbreitung des ausgezeichneten Hörspiels «An allem schuld» von Erwin Heimann (Darstellung eines alkoholbedingten Verkehrsunfalles mit allen seinen weittragenden Folgen) zu sorgen. Zu diesem Zwecke wurde das berndeutsch verfasste Hörspiel vom Autor ins Hochdeutsche übertragen, damit es auch in andern Landesgegenden verbreitet werden kann und um durch eine höhere Auflage die Kosten zu verringern. Die bernische Erziehungsdirektion erklärte sich bereit, allen Abschlussklassen der Primar- und Sekundarschulen im deutschsprachigen Kantonsteil je Schüler ein Exemplar anzuschaffen. Auch die Abgabe an Berufs- und Fortbildungsschüler ist vorgesehen. In das Gebiet der Aufklärung fiel auch das Wirken gegen die überbordende Reklame für alkoholische Getränke, die namentlich für die Jugend gefährlich werden kann. – Die Fürsorgetätigkeit an Alkoholkranken nahm ihren geordneten Fortgang. Schwebend ist immer noch die schwierig zu lösende Frage der Errichtung einer Spitalstation für Alkoholkranke. Trotz mannigfacher Bemühungen konnte immer noch kein Spital gefunden werden, das ohne einschränkende Bedingungen dazu Hand geboten hätte, obwohl die Fürsorge- wie die Gesundheitsdirektion sich dafür verwendeten. Im Berichtsjahr konnte das «Wysshölzli» in Herzogenbuchsee, Heilstätte für alkoholkranke Frauen, sein 75jähriges Bestehen feiern. Diese wohlbekannte Heilstätte, die ihren Betrieb 1892 mit einer einzigen Patientin aufnahm, beherbergt heute rund 25 Patientinnen. Auch fand wiederum der vom Fürsorgestellenverband organisierte und von der Direktion des Fürsorgewesens unterstützte traditionelle Äschikurs statt, dessen Grundthema die Standortbestimmung in der Alkoholkrankenfürsorge war, zu dem sich mehrere Referenten unter verschiedenen Gesichtspunkten äusserten. – Im Hinblick auf die bevorstehende Revision des Gastwirtschaftsgesetztes gelangte die Fürsorgedirektion an die Volkswirtschaftsdirektion, um zu erwirken, dass dabei auch die kantonale Kommission zur Bekämpfung des Alkoholismus zu Worte komme. Die Volkswirtschaftsdirektion sicherte dies zu.

| | Fr. |
|---|---|
| 1. Förderung der Bekämpfung des Alkoholismus im allgemeinen | 154 477.20 |
| 2. Aufklärung des Volkes über zweckmässige Ernährung und über Gefahren des Alkoholismus, Unterstützung von Forschungen über Alkoholschädigungen, Förderung von Gemeindestuben, Volksbibliotheken, Leseräumen, Jugendheimen und ähnlichen volkserzieherischen Bestrebungen | 68 118.— |
| 3. Förderung der alkoholfreien Obst- und Traubenverwertung | 4 500.— |
| 4. Naturalverpflegung armer Durchreisender in Unterkunfts- und Verpflegungsstätten | —.— |
| 5. Unterstützung von Trinkerfürsorgestellen sowie von Trinkerheilstätten, Unterbringung von Alkoholkranken in Heilstätten, Heimen sowie Heil- und Pflegeanstalten | 313 212.— |
| 6. Versorgung, Pflege und Unterhalt wegen Alkoholismus in der Familie fürsorgebedürftiger Kinder, verwahrloster Kinder und jugendlicher Verbrecher | 9 600.— |
| Total | 549 907.20 |

Vom Anteil des Kantons Bern an den Reineinnahmen des Bundes aus der fiskalischen Belastung gebrannter Wasser wurde der Direktion des Fürsorgewesens ein Betrag von Fr. 550000.– zugewiesen (Vorjahr: Fr. 514000.–). Über die Verwendung dieses Betrages gibt die vorstehende Tabelle Aufschluss.
Die Fürsorgedirektion beteiligte sich überdies über die Lastenverteilung mit 70% an den Aufwendungen der Einwohner- und gemischten Gemeinden zur Bekämpfung des Alkoholismus.

### D. Beiträge an Hilfsgesellschaften im Ausland

Im Berichtsjahr wurde dem Bund wiederum ein Beitrag von Fr. 11500.– zur Verfügung gestellt. Die von ihm und den Kantonen aufgebrachten Mittel dienen der Unterstützung schweizerischer Hilfsvereine und Heime sowie internationaler Asyle und Spitäler im Ausland mit Rücksicht auf ihre Tätigkeit zugunsten hilfebedürftiger Landsleute.

## IV. Fürsorgeheime und Sonderschulen

### A. Erziehungsheime

Die Heranbildung der in den Erziehungsheimen untergebrachten Knaben und Mädchen zu brauchbaren Gliedern der Gesellschaft sowie die Schaffung der Grundlagen für ihre spätere berufliche Ausbildung sind die Hauptanliegen der Hauseltern, des Lehr- und des Betreuungspersonals der verschiedenen Heime. Da viele Kinder aus ungünstigen Verhältnissen stammen, ist hierfür viel Verständnis, Einfühlungsvermögen und Geduld notwendig. Die zahlreichen guten Berichte über ausgetretene Zöglinge zeigen, dass sich die verschiedenen Heime mit Erfolg ihrer Zöglinge annehmen.
Leider bestehen nach wie vor grosse Schwierigkeiten bei der Rekrutierung geeigneten Personals. Diese Schwierigkeiten werden so lange andauern, bis der grossen Arbeitsbelastung des Heimpersonals auch in ökonomischer Hinsicht gebührend Rechnung getragen sein wird.
Die bauliche Verbesserung der Heime nimmt einen erfreulichen Fortgang. Im Knabenerziehungsheim Oberbipp muss noch das Schwimmbad fertig erstellt werden, während im Mädchenerziehungsheim Brüttelen der Turnhallenneubau weitgehend abgeschlossen ist und auch die Erneuerungsarbeiten demnächst ausgeführt sein werden. In Aarwangen wurde die abgebrannte durch eine moderne Scheune mit Stallungen ersetzt. Auf die Bereitstellung einer neuen Wohnung konnte verzichtet werden, da es möglich war, der seinerzeit durch den Brand obdachlos gewordenen Familie eine andere Wohnung zur Verfügung zu stellen.
An grossen baulichen Aufgaben verbleiben noch der Ausbau der beiden Erziehungsheime Erlach und Loveresse.

### B. Alterssiedlungen, Altersheime und Alterspflegeheime

An verschiedenen Orten ging der Bau von Alterssiedlungen weiter, während verschiedene Projekte noch im Planungsstadium stecken. Immer dringender wird die Errichtung neuer Pflegeheime.
Der Ausbau des mittelländischen Pflege- und Altersheimes Riggisberg ist so weit fortgeschritten, dass er voraussichtlich im laufenden Jahr abgeschlossen werden kann.
Grosse Sorgen bereitet die Rekrutierung des Pflegepersonals für die Pflege- und Altersheime, in denen die pflegebedürftigen Insassen immer zahlreicher werden. Gegenwärtig werden grosse Anstrengungen unternommen, nicht nur die Ausbildung von Pflegepersonal für Akutkranke, sondern auch für Chronischkranke zu fördern.

### C. Sonderschulen

Die Tagesklassen für praktisch bildungsfähige Kinder wurden im Berichtsjahr nicht vermehrt. Für die Tagesschule in Biel wird ein Neubau geplant, um ihr Einzugsgebiet auch auf die Dörfer am Jurafuss und den Südjura ausdehnen zu können. Auch soll die Vorbereitung auf die berufliche Eingliederung ins Schulprogramm aufgenommen werden.
Die berufliche Förderung der aus den Sonderschulen Austretenden ist überhaupt ein ernsthaftes Anliegen aller hierfür Verantwortlichen. Für einen Teil der Schüler besteht die Möglichkeit einer Anlehre in industriellen Betrieben, während andere nur in besondern Eingliederungsstätten auf das Erwerbsleben vorbereitet werden können. In Thun wird gegenwärtig für das ganze Oberland die Errichtung einer Eingliederungsstätte geplant.
In der Sprachheilschule Münchenbuchsee wurden im Berichtsjahr 120 Kinder – wovon 106 interne – unterrichtet. Ohne Beeinträchtigung des Schulbetriebes kann diese Zahl nicht mehr beliebig erhöht werden. Aus einer seit 1952 geführten Statistik geht hervor, dass sich die Zahl der taubstummen Kinder, die einer Sonderschulung in einem Internat bedürfen, die Jahre hindurch ständig vermehrt hat. Während in den Jahren 1952 bis 1959 durchschnittlich 4 solche Kinder unterrichtet wurden, stieg ihre Zahl in den Jahren 1960 bis 1963 auf durchschnittlich 8 Schüler an. Dieser Entwicklung muss die notwendige Aufmerksamkeit geschenkt werden. Dasselbe gilt für die Förderung schwerhöriger und sprachgebrechlicher Kinder. Soweit die Sonderschulung der letztern ambulant erfolgt, fällt sie in den Aufgabenbereich der Erziehungsdirektion.

### D. Einweisungen in ein geschlossenes Versorgungsheim

Im Berichtsjahr wurden 6 Personen in Anwendung von Artikel 33 des Gesetzes über Erziehungs- und Versorgungsmassnahmen auf Antrag der Fürsorgedirektion vom Regierungsrat in das Versorgungsheim Sonvilier eingewiesen. 2 früher Eingewiesene mussten von der Fürsorgedirektion auf Grund der ihr im regierungsrätlichen Einweisungsbeschluss erteilten Ermächtigung wegen ihres Zustandes oder ihres Verhaltens in andere Anstalten versetzt werden (Art. 34 GEV). 3 Eingewiesene wurden vom Regierungsrat gemäss Artikel 37 GEV bedingt entlassen, und 5 Pfleglingen bewilligte die Fürsorgedirektion Entlassungs- und Plazierungsversuche, von denen jedoch drei nach kurzer Zeit scheiterten. Gegen die vom Regierungsrat angeordnete Einweisung in das Versorgungsheim Sonvilier führte ein Betroffener beim Verwaltungsgericht gemäss Artikel 60 GEV Beschwerde; er zog sie jedoch in der Folge zurück.

Übersicht über die Heiminsassen auf 31. Dezember 1967

| A. Erziehungs-, Schul- und Pflegeheime | Hauseltern | Lehrkräfte | Übriges Personal inklusive Landwirtschaft | Kinder | | Versorgt durch | | | Bettenzahl |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| | | | | Knaben | Mädchen | Staat | Gemeinden | Privat | |
| *a) staatliche* | | | | | | | | | |
| Aarwangen | 2 | 4 | 21 | 60 | — | 1 | 57 | 2 | 66 |
| Brüttelen | 2 | 3 | 12 | — | 36 | 1 | 35 | — | 44 |
| Erlach | 2 | 3 | 18 | 46 | — | 2 | 36 | 8 | 48 |
| Kehrsatz | 2 | 5 | 13 | — | 40 | — | 39 | 1 | 48 |
| Landorf | 2 | 4 | 18 | 62 | — | 2 | 55 | 5 | 64 |
| Loveresse | 2 | 2 | 6 | — | 23 | 6 | 16 | 1 | 24 |
| Oberbipp | 1 | 3 | 16 | 62[1] | — | — | 55 | 7 | 64 |
| Richigen, Viktoria | 2 | 5 | 20 | — | 54 | — | 54 | — | 54 |
| Münchenbuchsee, Sprachheilschule | 2 | 13 | 25 | 71[2] | 46[3] | — | — | 117 | 106 |
| *b) vom Staat subventionierte* | | | | | | | | | |
| Aeschi, Tabor | 2 | 3 | 20 | 34 | 34 | 7 | 57 | 4 | 70 |
| Belp, Sonnegg | 1 | 5 | 1 | — | 24 | 20 | 4 | — | 24 |
| Bern, Schulheim Aarhus | 1 | 1 | 2 | 2 | 6 | — | — | 8 | 8 |
| Bern, Schulheim Marienstrasse | 1 | 5 | 3 | 10[4] | 7[5] | — | — | 17 | 10 |
| Bern, Brunnadern | 1 | 6 | 4 | — | 10 | 5 | 5 | — | 20 |
| Bern, Schulheim Rossfeld[6] | 3[7] | 13 | 20 | 33 | 30 | — | — | 63[8] | 48 |
| Bern, Weissenheim | 2 | 3 | 9 | — | 36 | — | 14 | 22 | 40 |
| Brünnen, Zur Heimat | 2 | — | 5 | — | 30 | 1 | 29 | — | 30 |
| Brünnen, Brünnen | 2 | 2 | 8 | 30 | — | 21 | 4 | 5 | 30 |
| Burgdorf, Lerchenbühl | 2 | 6 | 16 | 42 | 30 | 3 | 37 | 32 | 72 |
| Frutigen, Sunnehus | 1 | — | 7 | 16 | 12 | — | 23 | | 32 |
| Konolfingen, Hoffnung | 2 | — | — | 8 | 4 | 10 | 2 | — | 12 |
| Liebefeld, Steinhölzli | 1 | 2 | 5 | — | 34 | 21 | 9 | 4 | 34 |
| Münsingen, Aeschbacherheim | 1 | 2 | 4 | 15 | 20 | 14 | 9 | 12 | 40 |
| Muri, Wartheim | 1 | — | 3 | — | 21 | — | 18 | 3 | 21 |
| Niederwangen, Auf der Grube | 2 | 2 | 8 | 39 | — | 4 | 34 | 1 | 40 |
| Rumendingen, Karolinenheim | 1 | 1 | 7 | 15 | 24 | — | 24 | 15 | 38 |
| St. Niklaus, Friedau | 2 | — | 7 | 18 | — | — | 18 | — | 18 |
| Steffisburg, Sunneschyn | 2 | 5 | 22 | 36 | 29 | 1 | 39 | 25 | 66 |
| Thun, Hohmad | 1 | 5 | 26[9] | 15 | 30[10] | — | 11[11] | 34[12] | 56 |
| Wabern, Morija | 1 | — | 9 | 13 | 9 | — | 15 | 7 | 24 |
| Wabern, Taubstummen- und Sprachheilschule | 2 | 8 | 19 | 42 | 20 | — | 12 | 50[13] | 56 |
| Walkringen, Friederika-Stiftung | 2 | 2 | 5 | 14 | 11 | — | 15 | 10 | 25 |
| Walkringen, Sonnegg | 1 | 3 | 5 | 13 | 12 | 3 | 9 | 13 | 27 |
| Wattenwil, Hoffnung | 2 | — | 3 | 10 | 6 | 4 | 10 | 2 | 16 |
| Zollikofen, Schulheim für Blinde und Sehschwache | 2 | 18 | 24 | 36 | 31 | — | 1 | 66[14] | 62 |
| Courtelary, Orphelinat | 2 | 3 | 11 | 37 | 24 | 42 | 12 | 7 | 60 |
| Delémont, Foyer jurassien d'éducation «La Solitude» | 2 | 5 | 17 | 48 | 13 | 1 | 33 | 27 | 60 |
| Delémont, St-Germain | 1 | 3 | 14 | 24 | 23 | — | 15 | 32 | 60 |
| Grandval, Petites familles | 2 | — | 2 | 4 | 8 | — | 12 | — | 13 |
| Les Reusilles, Petites familles | 2 | — | 1 | 5 | 7 | — | 11 | 1 | 12 |
| Tavannes, Jurahaus | 1 | 4 | 4 | 18 | 15 | 1 | 10 | 22 | 33 |
| Total | | | | 878 | 759 | 170 | 839 | 628 | 1675 |

[1] Davon 2 Lehrlinge.
[2] Davon 9 extern.
[3] Davon 3 extern.
[4] Davon 4 extern.
[5] Davon 3 extern.
[6] Ausbildungsheim Sennweg 7, Bern:
1 Gewerbelehrer, 1 Therapeutin,
2 Betreuerinnen, 6 Jugendliche (4 Jünglinge, 2 Töchter).
[7] Inkl. Chefarzt.
[8] Davon 18 extern.
[9] Davon 15 Lehrtöchter.
[10] Davon 10 ledige Mütter.
[11] Davon 2 ledige Mütter.
[12] Davon 8 ledige Mütter.
[13] Davon 6 extern.
[14] Davon 7 extern.

| B. Verpflegungsheime | Hauseltern | Personal inkl. Landwirtschaft | Pfleglinge | | Versorgt durch | | | Bettenzahl |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| | | | Männer | Frauen | Staat | Gemeinden | Privat | |
| Bärau, Pflegeanstalt | 2 | 33 | 172 | 188 | 56 | 160 | 144 | 400 |
| Dettenbühl, Verpflegungsheim | 2 | 34 | 197 | 128 | 37 | 203 | 85 | 420 |
| Frienisberg, Alters- und Pflegeheim | 2 | 42 | 233 | 146 | 41 | 297 | 41 | 400 |
| Kühlewil, Stadtbernisches Fürsorgeheim | 2 | 69 | 148 | 152 | 3 | 241 | 56 | 310 |
| Riggisberg, Mittelländisches Verpflegungsanstalt | 2 | 61 | 233 | 212 | 25 | 280 | 140 | 450 |
| Sumiswald, Gemeindeverpflegungsheim | 2 | 10 | 22 | 18 | 3 | 24 | 13 | 70 |
| Utzigen, Oberländisches Pflege- und Altersheim | 2 | 44 | 203 | 136 | 35 | 288 | 16 | 380 |
| Worben, Seelandheim | 2 | 70 | 294 | 208 | 42 | 404 | 56 | 510 |
| Sonvilier, Versorgungsheim «Pré-aux-Bœufs» | 2 | 9 | 65 | 11 | 12 | 61 | 3 | 120 |
| Delémont, Hospice | 1 | 20 | 62 | 28 | 12 | 56 | 22 | 120 |
| Reconvilier, Maison de repos «La Colline» | 1 | 4 | 16 | 22 | — | 13 | 25 | 38 |
| Saignelégier, Hospice | 1 | 12 | 33 | 29 | 5 | 22 | 35 | 78 |
| St-Imier, Hospice | 2 | 7 | 56 | 21 | 21 | 41 | 15 | 100 |
| St-Ursanne, Hospice | 1 | 11 | 82 | 47 | 15 | 97 | 17 | 150 |
| Tramelan, Hospice communal | 2 | 5 | 18 | 8 | — | 15 | 11 | 40 |
| | | | 1834 | 1354 | 307 | 2202 | 679 | 3586 |
| **C. Trinkerheilstätten** | | | | | | | | |
| Herzogenbuchsee, Wysshölzli | 1 | 10 | | 23 | 2 | 10 | 11 | 25 |
| Kirchlindach, Nüchtern | 2 | 7 | 51 | | 5 | 17 | 29 | 50 |
| Total | | | 51 | 23 | 7 | 27 | 40 | 75 |

## V. Verschiedenes

### A. Sammlungen und Verkäufe für wohltätige und gemeinnützige Zwecke

Der Regierungsrat erteilte 31 (Vorjahr 27) Bewilligungen für wohltätige und gemeinnützige Haussammlungen und Strassenverkäufe. Für 1 (3) andere Sammlung gewährte er die Anerkennung im Sinne von Artikel 146 des Fürsorgegesetzes.

### B. Stiftungen und Fonds

Die Direktion des Fürsorgewesens befasste sich mit folgenden der Gemeinnützigkeit, Sozialfürsorge und Jugenderziehung dienenden Stiftungen und Fonds, über welche sie die Aufsicht ausübt oder mit denen sie aus andern Gründen zu tun hat.

1. Stiftung Alkoholfreies Gast- und Gemeindehaus «Zum Kreuz», Herzogenbuchsee,
2. Stiftung Arn, Diessbach bei Büren a.d.A.,
3. Hess-Mosimann-Stiftung, Muri bei Bern,
4. Moser-Stiftung,
5. Mühlemann-Legat,
6. Sollberger-Stiftung, Wangen a.d.A.,
7. Stiftung Schweizerisches Erziehungsheim «Bächtelen», Wabern bei Bern,
8. Stiftung Jugenderziehungsfonds des Amtes Konolfingen,
9. Stiftung Oberaargauisches Knabenerziehungsheim Friedau, St. Niklaus bei Koppigen,
10. Viktoria-Stiftung, Richigen bei Worb,
11. Stiftung Scheuner-Iglinger-Wohltätigkeitsfonds,
12. Stiftung Elise Rufener-Fonds, Bern,
13. Jean Georges-Wildbolz-Stiftung, Bern,
14. Stiftung Ferienheim für erholungsbedürftige Hausmütter und Hausfrauen, Rattenholz-Niedermuhlern,
15. Stiftung Propper-Gasser, Biel,
16. Aerni-Leuch-Fonds für berufliche Ausbildung bedürftiger Pflegekinder,
17. Aerni-Leuch-Fonds für bedürftige Wöchnerinnen,
18. Stiftung Wohnungsfürsorge für betagte Einwohner der Stadt Biel,
19. Stiftung Knabenerziehungsheim Brünnen,
20. Stiftung Mädchenerziehungsheim Steinhölzli, Köniz,
21. Stiftung für Mutter und Kind, Biel,
22. Rosa Roth-Stiftung, Bern,
23. Bantiger-Stiftung, Bern,
24. Stiftung Knabenheim «Auf der Grube», Niederwangen,
25. Stiftung Invalidenwerkstätten Region Thun, Thun,
26. Stiftung «Bernisches Hilfswerk» (vgl. Abschnitt C hiernach).

### C. Stiftung «Bernisches Hilfswerk»

Wie in Abschnitt I A b ausgeführt, wendete der Regierungsrat mit Beschluss vom 1. bzw. 19. September 1967 auf den 1. Januar 1968 dem «Bernischen Hilfswerk» beträchtliche Mittel zu, nämlich Fr. 500000.– des Vermögens der sogenannten Moser-Stiftung sowie Fr. 68560.– betragende Vermögen des Mühlemann-Legates. Beide Zuwendungen erfolgten zu den im erwähnten Abschnitt umschriebenen Zwecken.

Im Jahre 1967 gingen 146 (Vorjahr 154) Hilfsgesuche ein, von denen 14 als unbegründet zurückgewiesen werden mussten. Mit den aus dem Vorjahr hängigen Begehren wurden dem Arbeitsausschuss insgesamt 144 Gesuche zur Behandlung unterbreitet, von denen er 136 (136) bewilligte und 8 (4) ablehnte. Es konnten insgesamt Fr. 115418.35 (Fr. 101433.45) an Beiträgen ausbezahlt werden. Gesuche für Einrichtungen wurden im Berichtsjahr keine unterbreitet.
Für die Behandlung dieser Gesuche benötigte der Arbeitsausschuss 6 Sitzungen, während der Stiftungsrat die reglementarischen Geschäfte in einer Sitzung erledigen konnte.
Über die finanzielle Entwicklung gibt die nachstehende Jahresrechnung Aufschluss.

#### Betriebsrechnung

| *Einnahmen* | Fr. |
|---|---|
| Zinsen | 52 961.10 |
| Beiträge von Gemeinden und Korporationen | 1 615.— |
| Beiträge von Privatpersonen und Firmen | 330.— |
| Beitragsrückzahlungen | 2 341.— |
| *Total Einnahmen* | 57 247.10 |
| *Ausgaben* | |
| Beiträge | 115 418.35 |
| Verwaltungskosten | 1 093.85 |
| *Total Ausgaben* | 116 512.20 |

#### Bilanz

| | |
|---|---|
| Einnahmen | 57 247.10 |
| Ausgaben | 116 512.20 |
| *Ausgabenüberschuss* | 59 265.10 |

#### Vermögensrechnung

| | |
|---|---|
| Kapitalbestand am Rechnungsanfang | 1 299 791.86 |
| Kapitalverminderung | 59 265.10 |
| *Kapitalbestand am 31. Dezember 1967* | 1 240 526.76 |

#### Vermögensbilanz

| | *Aktiven* Fr. | *Passiven* Fr. |
|---|---|---|
| Postcheckbestand | 244.91 | |
| Hypothekarkasse des Kantons Bern, Guthaben auf Kontokorrent | 1 240 681.85 | |
| Transitorische Passiven (vom Arbeitsausschuss bewilligte, aber noch nicht ausbezahlte Beiträge) | | 400.— |
| *Kapitalbestand* | | 1 240 526.76 |
| | 1 240 926.76 | 1 240 926.76 |

## VI. Lastenverteilung

Im Berichtsjahr waren insgesamt Fr.53021561.75 zu verteilen, welche der Staat und die Einwohner- und gemischten Gemeinden 1966 für das Fürsorgewesen netto aufgewendet hatten. Das sind Fr.191640.80 weniger als im Vorjahr (Fr.53213202.55). Dabei ist zu berücksichtigen, dass der Bundesbeitrag an die kantonale Alters- und Hinterlassenenfürsorge, den die Fürsorgedirektion vereinnahmte und in die Lastenverteilung einbezog, nur noch für das erste Halbjahr floss (Fr.426799.50) und aus der Lastenverteilung des Vorjahres Fr.1968.05 weniger als im vorangegangenen Jahr zu verrechnen waren. Der Rückgang ist zurückzuführen auf den Minderaufwand in der Armenfürsorge (— Fr.910295.30) sowie namentlich der Alters-, Hinterlassenen- und Invalidenfürsorge (— Fr.1595076.30), dem jedoch in den Sparten Besondere Wohlfahrts- und Fürsorgeeinrichtungen, Fürsorgeheime und Personalkosten Mehraufwendungen von insgesamt Fr.1888899.35 gegenüberstehen. Es mag auf den ersten Blick überraschen, dass 1966 die reinen Aufwendungen der Alters-, Hinterlassenen- und Invalidenfürsorge gegenüber 1965 bloss um rund 1,6 Millionen Franken zurückgegangen sind, obwohl diese Fürsorge auf den 1.Juli 1966 aufgehoben worden war und auf diesen Zeitpunkt an die Stelle der Fürsorgeleistungen die versicherungsmässig ausgestalteten Leistungen gemäss dem Gesetz vom 17. April 1966 über Ergänzungsleistungen zur Alters-, Hinterlassenen- und Invalidenversicherung traten. Allein die Ergänzungsleistungen waren bis Ende 1966 nur zu einem verhältnismässig geringen Teil schon festgesetzt, und es oblag nach der Übergangsbestimmung von Artikel 23 Absatz 1 des Ergänzungsleistungengesetzes den Fürsorgebehörden die Pflicht, bis zu ihrer Festsetzung an Personen, die beim Inkrafttreten dieses Gesetzes eine Leistung der kantonalen Alters-, Hinterlassenen- und Invalidenfürsorge bezogen und ihren Anspruch auf Ergänzungsleistungen unverzüglich geltend machten, die bisherigen Fürsorgeleistungen als Vorschüsse auf die Ergänzungsleistungen auszurichten. Die kantonale Ausgleichskasse muss die Nachzahlung von Ergänzungsleistungen für solche Personen bis zum Betrage der Vorschüsse an die Fürsorgebehörden überweisen, sofern diese der Kasse die Vorschussleistungen mitgeteilt haben (Art.23 Abs.2 ELG). Diese Nachzahlungen waren – teilweise – erst 1967 erfolgt und werden auch noch 1968 erfolgen; sie erscheinen daher erst in den Fürsorgerechnungen 1967 bzw. 1968 als Einnahmen und werden die betreffenden Verteilungssummen beeinflussen. – Bei den zu verteilenden Personalkosten 1966 stellt man gegenüber 1965 eine Zunahme von Fr.198136.15 fest. Dies rührt insbesondere daher, dass nach § 4 der Verordnung vom 29. Juli 1966/27. Juni 1967 über die Verteilung von Besoldungskosten für Fürsorger und Fürsorgerinnen seit dem 1. Juli 1966 nun auch die Hälfte der Besoldung der Fürsorger und Fürsorgerinnen der Staatsverwaltung und der staatlichen Heime und Anstalten der Lastenverteilung unterliegt. – Im übrigen wird verwiesen auf die nachfolgenden

**Grundlagen für die Verteilung der Fürsorgeaufwendungen 1966**

(Fürsorgegesetz Art. 32–39; Dekret vom 19. Februar 1962)

| | Gemeinden Fr. | Staat Fr. | Total Fr. |
|---|---|---|---|
| – Armenfürsorge .... | 11 326 073.20 | 6 112 693.35 | 17 438 766.55 |
| – Alters-, Hinterlassenen- und Invalidenfürsorge ..... | 12 089 872.95 | 12 202.30 | 12 102 075.25 |
| – Besondere Wohlfahrts- und Fürsorgeeinrichtungen | 12 006 743.05 | 3 178 091.25 | 15 184 834.30 |
| – Fürsorgeheime .... | 4 112 545.35 | 3 913 566.30 | 8 026 111.65 |
| – Personalkosten ... | 555 727.10 | 124 296.95 | 680 024.05 |
| | 40 090 961.65 | 13 340 850.15 | 53 431 811.80 |
| – Aus der Lastenverteilung 1965 zu verrechnen ..... | + 16 549.45 | —.— | + 16 549.45 |
| | 40 107 511.10 | 13 340 850.15 | 53 448 361.25 |
| abzüglich Bundesbeitrag an die Alters- und Hinterlassenenfürsorge ..... | | | — 426 799.50 |

1. *Gesamtsumme der zu verteilenden Aufwendungen* ..... 53 021 561.75
2. Anteil des Staates (7/10) ..... 37 115 093.25
3. Anteil der Gesamtheit der Gemeinden (3/10) .. 15 906 468.50
4. Hievon sind durch Kopfbeiträge gedeckt:
   a) gemäss Dekret § 2 (nach Einwohnerzahl) ..... 3 040 745.50
   b) gemäss Dekret § 3 (nach Tragfähigkeitsfaktor; Einreihung der Gemeinden in die Tragfähigkeitsklassen durch RRB Nr.5291 vom 18. August 1967). 3 794 695.50 — 6 835 441.—
5. Es bleibt eine gemäss Dekret § 4 zu deckende Restsumme von..... 9 071 027.50
6. 2/3 der Restsumme (5) = Fr.6047351.65 tragen die Gemeinden gemäss § 4 des Dekrets im Verhältnis ihres Lastenanteils im Jahre 1965. Die zu verteilende Summe von Fr. 6047351.65 beträgt 37,882% der Summe aller Lastenanteile der Gemeinden pro 1965 von Fr.15963960.75. Jede Gemeinde hat somit 37,882% ihres Lastenanteils 1965 zur Deckung des Betrages von Fr.6047351.65 beizusteuern.
7. 1/3 der Restsumme (5) = Fr.3023675.85 tragen die Gemeinden gemäss § 4 des Dekrets im Verhältnis ihrer normalisierten Tragfähigkeitssumme (§ 5 des Dekrets). Diese beträgt für alle Gemeinden zusammen im Jahr 1966 Fr.63544754.—. Die zu verteilende Summe von Fr.3023675.85 entspricht 4,758% der Tragfähigkeitssumme aller Gemeinden. Jede Gemeinde hat somit 4,758% ihrer normalisierten Tragfähigkeitssumme zur Deckung des Betrages von Fr.3023675.85 beizusteuern.

## Übersicht über die reinen Fürsorgeaufwendungen des Staates anhand der Staatsrechnung 1967

| | | 1967 Fr. | | 1966 Fr. |
|---|---|---|---|---|
| *Verwaltungskosten* | | 1 484 663.51 | | 1 399 224.05 |
| *Armenfürsorge:* | | | | |
| a) Unterstützungen für Kantonsbürger | 3 711 195.68 | | 5 664 723.60 | |
| b) Unterstützungen für Kantonsfremde | ·/.2 311.85[1] | 3 708 883.83 | 17 953.50 | 5 682 677.10 |
| *Alters-, Hinterlassenen- und Invalidenfürsorge:* Direkte Fürsorgeleistungen des Staates | | —.—[2] | | 10 700.30 |
| *Beiträge an Bezirks- und Gemeindeverpflegungsheime sowie an andere Heime* | | 72 500.— | | 72 500.— |
| *Beiträge an Bezirks- und Privaterziehungsheime* | | 1 600 000.— | | 848 428.30 |
| *Staatliche Erziehungsheime inkl. Ferienheim Rotbad und Kant. Sprachheilschule, Zuschüsse* | | 1 118 131.89 | | 1 239 869.12 |
| *Bau- und Einrichtungsbeiträge* | | 3 000 000.— | | 4 112 178.75 |
| *Beiträge zur Bekämpfung des Alkoholismus* | | 549 907.20[3] | | 513 961.85 |
| *Beiträge für invalide Kinder* | | 565 938.— | | 314 622.— |
| *Andere Fürsorgeleistungen* | | 136 183.—[4] | | 215 362.— |
| *Beiträge an Gemeinden aus Lastenverteilung* (Saldoverpflichtung des Staates bis zu 7/10 der Gesamtausgaben für das Fürsorgewesen) | | 18 500 000.— | | 23 517 617.80 |
| *Reine Ausgaben* | | 30 736 207.43 | | 37 927 141.27 |
| (Abzüglich Fr. 550000.– betr. 1967 bzw. Fr. 500000.– betr. 1966 gemäss Fussnote 3 | | 30 186 207.43 | | 37 427 141.27) |

*Hinzu kommen:*

| | |
|---|---|
| Ausgaben aus dem Notstandsfonds | 14 802.95 |
| Ausgaben aus dem Fonds für ausserordentliche Unterstützungen | 6 206.— |
| Ausgaben aus dem Fonds für berufliche Ausbildung bedürftiger Pflegekinder | 400.— |
| Ausgaben aus dem Fonds für bedürftige Wöchnerinnen | —.— |

Bern, im Mai 1968

Der Direktor des Fürsorgewesens:

*Ad. Blaser*

Vom Regierungsrat genehmigt am 11. Juni 1968.

Begl. Der Staatsschreiber: *Hof*

[1] Es ergab sich ausnahmsweise ein Einnahmenüberschuss, weil gewisse das Jahr 1966 betreffende Einnahmen erst im Berichtsjahr verbucht werden konnten.

[2] Die Fürsorgeleistungen wurden ab 1. Juli 1966 durch die Ergänzungsleistungen zur Alters-, Hinterlassenen- und Invalidenversicherung ersetzt.

[3] Bei diesem Posten handelt es sich um die Rohausgaben, die aus dem Anteil des Kantons Bern an den Reineinnahmen des Bundes aus der fiskalischen Belastung gebrannter Wasser gedeckt werden konnten. Aus diesem Anteil sind der Fürsorgedirektion Fr. 550000.– zugewiesen worden.
Hierzu kommen Beiträge von Fr. 150021.45 an nichtversicherbare Naturschäden sowie Expertenentschädigungen (1966: Fr. 189019.–), die dem Naturschadenfonds belastet wurden und die ab 1. Januar 1967 nicht mehr über die Finanzrechnung verbucht werden.

*Beilage*

## Statistik der bernischen Armenfürsorge für das Jahr 1967

*Anzahl der Unterstützungsfälle und deren zahlenmässige Entwicklung* — *Aufwendungen des Kantons Bern gemäss Armen- und Niederlassungsgesetz bzw. Fürsorgegesetz*

| Jahr | Burgerliche Armenfürsorge | Örtliche Armenfürsorge | Staatliche Arme (Auswärtige und Heimgekehrte) | Total | Burgergemeinden a) Fr. | Einwohner- und gemischte Gemeinden b) Fr | Staat (Auswärtige Armenfürsorge und Staatsbeiträge) c) Fr. | Total (Netto)-Aufwendungen des Kantons Bern Fr. |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| 1900 | 1833 | 27 420 | 3 189 | 32 442 | 454 671 | 827 808 | 1 824 471 | 3 106 950 |
| 1914 | 1596 | 26 740 | (keine Angaben) | | 487 772 | 1 451 584 | 2 948 251 | 4 887 607 |
| 1918 | 1546 | 26 290 | (keine Angaben) | | 671 189 | 2 119 441 | 4 009 351 | 6 799 981 |
| 1938 | 1076 | 37 842 | 18 389 | 57 307 | 572 112 | 4 950 200 | 11 274 716 | 16 797 028 |
| 1940 | 970 | 31 772 | 14 456 | 47 198 | 512 310 | 4 284 329 | 10 652 710 | 15 449 349 |
| 1941 | 887 | 30 525 | 13 504 | 44 916 | 523 979 | 4 348 771 | 10 045 608 | 14 918 358 |
| 1942 | 867 | 27 290 | 13 089 | 41 246 | 526 991 | 4 432 789 | 10 418 210 | 15 377 990 |
| 1943 | 791 | 23 519 | 11 627 | 35 937 | 529 197 | 4 291 046 | 10 086 039 | 14 906 282 |
| 1944 | 751 | 22 859 | 11 642 | 35 252 | 522 834 | 4 311 984 | 10 484 858 | 15 319 676 |
| 1945 | 708 | 22 834 | 11 948 | 35 490 | 495 408 | 4 750 993 | 10 732 801 | 15 979 202 |
| 1946 | 638 | 22 504 | 10 731 | 33 873 | 443 437 | 4 302 239 | 10 066 871 | 14 812 547 |
| 1947 | 609 | 22 710 | 10 137 | 33 456 | 426 940 | 4 532 332 | 10 474 714 | 15 433 986 |
| 1948 | 581 | 21 632 | 9 924 | 32 137 | 442 878 | 4 926 128 | 11 522 367 | 16 891 373 |
| 1949 | 551 | 21 882 | 11 303 | 33 736 | 450 444 | 5 456 349 | 13 675 244 | 19 582 037 |
| 1950 | 582 | 22 509 | 11 791 | 34 882 | 440 174 | 5 794 651 | 14 845 899 | 21 080 724 |
| 1951 | 569 | 21 669 | 12 148 | 34 386 | 431 669 | 5 532 761 | 14 847 205 | 20 811 635 |
| 1952 | 525 | 21 199 | 11 082 | 32 806 | 408 341 | 5 724 123 | 15 577 907 | 21 710 371 |
| 1953 | 533 | 20 822 | 11 110 | 32 495 | 410 184 | 5 990 690 | 16 196 266 | 22 597 140 |
| 1954 | 527 | 20 496 | 11 397 | 32 420 | 415 819 | 7 016 822 | 17 704 293 | 25 136 934 |
| 1955 | 510 | 20 348 | 10 700 | 31 558 | 427 022 | 7 320 891 | 18 498 549 | 26 246 462 |
| 1956 | 498 | 19 571 | 10 845 | 30 914 | 424 764 | 7 812 345 | 20 373 386 | 28 610 495 |
| 1957 | 497 | 18 723 | 10 822 | 30 042 | 427 919 | 7 931 831 | 20 686 682 | 29 054 329 |
| 1958 | 499 | 17 926 | 10 312 | 28 737 | 391 313 | 7 985 481 | 22 686 578 | 31 063 372 |
| 1959 | 485 | 17 353 | 10 247 | 23 085 | 380 069 | 8 900 557 | 21 579 942 | 30 860 568 |
| 1960 | 447 | 16 794 | 10 030 | 27 271 | 330 539 | 7 999 132 | 19 371 436 | 27 731 107 |
| 1961 | 435 | 16 206 | 9 453 | 26 094 | 326 824 | 6 819 495 | 17 918 147 | 25 064 466 |
| *1961* | *435* | *16 206* | *9 453* | *26 094* | *325 624* [1] | *7 608 772* [2] | *6 101 005* [3] | *14 035 401* [4] |
| 1962 | 364 | 14 976 | 9 301 | 24 641 | 367 968 [1] | 9 130 002 [2] | 6 709 652 [3] | 16 207 622 [4] |
| 1963 | 344 | 14 009 | 9 071 | 23 424 | 336 786 [1] | 10 431 289 [2] | 5 824 505 [3] | 16 592 580 [4] |
| 1964 | 344 | 12 642 | 8 955 | 21 941 | 295 311 [1] | 10 296 461 [2] | 6 883 078 [3] | 17 474 850 [4] |
| 1965 | 290 | 12 232 | 8 367 | 20 889 | 312 370 [1] | 9 954 150 [2] | 6 992 737 [3] | 17 259 257 [4] |
| 1966 | 284 | 11 656 | 7 592 | 19 532 | 302 636 [1] | 11 136 540 [2] | 5 682 679 [3] | 17 121 855 [4] |

*Erläuterungen:*

ad a) Diese Kolonne umfasst die Reinausgaben der burgerlichen Armenfürsorge (nach Abzug der eingezogenen Verwandtenbeiträge und Rückerstattungen). – Keine Staatsbeiträge.

ad b) Diese Kolonne gibt die reinen Zuschüsse an, welche aus den Mitteln der laufenden Gemeindeverwaltung an die Armenfürsorge und an besondere Fürsorgeeinrichtungen (Notstandsfürsorge ab 1954 inbegriffen) gewährt wurden, d.h. nach Abzug aller gesetzlichen Einnahmen, wie Burgergutsbeiträge, Armengutsertrag, Verwandtenbeiträge, Rückerstattungen und Beiträge des Staates. – Nicht staatsbeitragsberechtigte Aufwendungen der Gemeinden zu gemeinnützigen Zwecken fehlen in dieser Aufstellung.

ad c) Diese Kolonne gibt die reinen Staatsausgaben für auswärtige und örtliche Armenfürsorge und für besondere Fürsorgeeinrichtungen an. In den Zahlen sind nicht enthalten: die Verwaltungskosten, die Aufwendungen des Kantons für die Alters-, Hinterlassenen- und Invalidenfürsorge, die Notstandsfürsorge (bis und mit 1953) sowie die Ausgaben aus Fonds zu besondern Zwecken.

[1] Ohne Aufwendungen für besondere Fürsorgeeinrichtungen.
[2] Vor Abzug der Staatsbeiträge und ohne Aufwendungen für besondere Fürsorgeeinrichtungen.
[3] Ohne Staatsbeiträge an Gemeinden, Anstalten u.a.
[4] Nur Unterstützungsausgaben.

## Zahl der Unterstützungsfälle und der unterstützten Personen nach Wohnortsprinzip sowie Gesamt- und Nettoaufwendungen

| 1965 | | | Wohnort der Unterstützten bzw. Kanton, Land | 1966 | | | |
|---|---|---|---|---|---|---|---|
| Fälle | Personen | Gesamtaufwendungen | | Fälle | Personen | Gesamtaufwendungen | Nettoaufwendungen |
| | | Fr. | *1. Unterstützte im Kanton Bern* | | | Fr. | Fr. |
| | | | Einwohner- und gemischte Gemeinden | | | | |
| 9 779 | 13 932 | 18 730 857.— | a) Berner | 9 394 | 13 126 | 19 624 142.— | 10 167 444.— |
| 1 839 | 2 389 | 2 624 259.— | b) Angehörige von Konkordatskantonen | 1 679 | 2 687 | 3 029 547.— | 762 725.— |
| 68 | 92 | 107 164.— | c) Angehörige von Nichtkonkordatskantonen | 62 | 100 | 106 867.— | 8 271.— |
| 512 | 686 | 668 769.— | d) Ausländer | 454 | 614 | 633 721.— | 186 599.— |
| 245 | 290 | 478 573.— | Burgergemeinden | 243 | 294 | 480 458.— | 254 083.— |
| | | | Staat | | | | |
| 1 541 | 1 556 | 4 060 921.— | a) Berner | 1 385 | 1 386 | 3 515 267.— | 1 494 904.— |
| 18 | 18 | 18 363.— | b) Kantonsfremde (FG 74/2) | 21 | 21 | 34 867.— | 17 955.— |
| 14 002 | 18 963 | 26 688 906.— | | 13 238 | 18 228 | 27 424 869.— | 12 891 981.— |
| | | | *2. Berner in Konkordatskantonen* | | | | |
| 327 | 529 | 315 507.— | Aargau | 287 | 514 | 301 515.— | 192 375.— |
| 13 | 29 | 7 165.— | Appenzell A.-Rh. | 15 | 27 | 16 595.— | 11 394.— |
| 1 | 2 | 780.— | Appenzell I.-Rh. | 1 | 1 | 360.— | 360.— |
| 505 | 629 | 541 607.— | Basel-Stadt | 423 | 604 | 576 795.— | 345 688.— |
| 259 | 422 | 245 553.— | Baselland | 223 | 379 | 240 807.— | 158 150.— |
| 102 | 156 | 140 082.— | Freiburg | 110 | 195 | 147 733.— | 105 912.— |
| 788 | 945 | 891 734.— | Genf | 665 | 783 | 555 067.— | 356 407.— |
| 8 | 16 | 4 537.— | Glarus | 7 | 9 | 3 286.— | 2 528.— |
| 31 | 56 | 52 657.— | Graubünden | 31 | 53 | 51 074.— | 37 047.— |
| 313 | 547 | 302 030.— | Luzern | 282 | 479 | 280 169.— | 191 148.— |
| 1 136 | 1 629 | 1 299 675.— | Neuenburg | 988 | 1 374 | 1 210 373.— | 518 537.— |
| 4 | 11 | 2 400.— | Nidwalden | 2 | 3 | 2 196.— | 1 446.— |
| 5 | 14 | 4 467.— | Obwalden | 5 | 14 | 11 028.— | 7 926.— |
| 133 | 285 | 164 416.— | St. Gallen | 151 | 266 | 185 311.— | 110 054.— |
| 59 | 98 | 64 367.— | Schaffhausen | 60 | 99 | 71 884.— | 44 416.— |
| 21 | 33 | 31 499.— | Schwyz | 21 | 36 | 43 747.— | 33 899.— |
| 448 | 760 | 475 713.— | Solothurn | 439 | 678 | 504 714.— | 312 645.— |
| 65 | 120 | 85 391.— | Tessin | 67 | 93 | 55 437.— | 29 829.— |
| 4 | 8 | 2 858.— | Uri | 4 | 7 | 6 088.— | 3 331.— |
| 1 129 | 1 426 | 1 370 453.— | Waadt | 1 173 | 1 553 | 1 383 518.— | 751 166.— |
| 24 | 50 | 39 272.— | Wallis | 29 | 61 | 38 153.— | 20 931.— |
| 16 | 27 | 19 520.— | Zug | 19 | 28 | 10 585.— | 9 952.— |
| 1 154 | 1 686 | 1 063 366.— | Zürich | 978 | 1 499 | 1 042 340.— | 641 737.— |
| 6 545 | 9 478 | 7 125 049.— | | 5 980 | 8 755 | 6 738 775.— | 3 886 878.— |
| | | | *3. Berner in Nichtkonkordatskantonen* | | | | |
| 108 | 185 | 135 561.— | Thurgau | 91 | 190 | 134 497.— | 86 474.— |
| 108 | 185 | 135 561.— | | 91 | 190 | 134 497.— | 86 474.— |
| | | | *4. Berner im Ausland* | | | | |
| 33 | 57 | 73 474.— | Deutschland | 26 | 47 | 68 798.— | 62 526.— |
| 148 | 173 | 161 642.— | Frankreich | 138 | 164 | 184 617.— | 129 043.— |
| 6 | 7 | 7 938.— | Italien | 7 | 7 | 6 252.— | 5 955.— |
| 47 | 59 | 52 269.— | Übriges Ausland | 52 | 80 | 69 948.— | 58 998.— |
| 234 | 296 | 295 323.— | | 223 | 298 | 329 615.— | 256 522.— |
| 20 889 | 28 922 | 34 244 839.— | *Gesamtaufwendungen für die einzelnen Armenfälle* | 19 532 | 27 471 | 34 627 756.— | 17 121 855.— |

## Zahl der Unterstützungsfälle und der unterstützten Personen nach Heimatzugehörigkeit sowie Gesamt- und Nettoaufwendungen

| 1965 | | | Heimatzugehörigkeit | 1966 | | | |
|---|---|---|---|---|---|---|---|
| Fälle | Personen | Gesamtaufwendungen | | Fälle | Personen | Gesamtaufwendungen | Nettoaufwendungen |
| | | Fr. | *1. Berner* | | | Fr. | Fr. |
| 9 813 | 13 966 | 18 754 047.— | Einwohner- und gemischte Gemeinden | 9 461 | 13 193 | 19 635 643.— | 10 178 945.— |
| 290 | 335 | 510 562.— | Burgergemeinden | 284 | 335 | 529 011.— | 302 636.— |
| 1 541 | 1 556 | 4 060 921.— | Staat: heimgekehrte Berner | 1 385 | 1 386 | 3 515 267.— | 1 494 904.— |
| 5 662 | 8 427 | 6 158 616.— | in Konkordatskantonen | 5 872 | 8 647 | 6 678 721.— | 3 826 824.— |
| 912 | 1 157 | 1 046 815.— | in Nichtkonkordatskantonen | 91 | 190 | 134 497.— | 86 474.— |
| 234 | 296 | 295 323.— | im Ausland | 223 | 298 | 329 615.— | 256 522.— |
| 18 452 | 25 737 | 30 826 284.— | | 17 316 | 24 049 | 30 822 754.— | 16 146 305.— |
| | | | *2. Angehörige von Konkordatskantonen* | | | | |
| 246 | 329 | 462 729.— | Aargau | 270 | 436 | 534 456.— | 119 981.— |
| 47 | 68 | 52 121.— | Appenzell A.-Rh. | 50 | 89 | 53 445.— | 12 265.— |
| 8 | 10 | 6 300.— | Appenzell I.-Rh. | 7 | 10 | 10 269.— | ./.1 |
| 42 | 48 | 49 004.— | Basel-Stadt | 25 | 36 | 52 878.— | 13 546.— |
| 71 | 94 | 82 732.— | Baselland | 57 | 105 | 93 817.— | 26 751.— |
| 189 | 296 | 265 313.— | Freiburg | 165 | 323 | 356 805.— | 114 833.— |
| 5 | 5 | 5 201.— | Genf | 10 | 10 | 12 135.— | 4 576.— |
| 18 | 32 | 29 761.— | Glarus | 16 | 19 | 24 049.— | 6 706.— |
| 38 | 59 | 56 194.— | Graubünden | 37 | 48 | 67 827.— | 13 236.— |
| 144 | 183 | 181 402.— | Luzern | 130 | 211 | 214 887.— | 51 546.— |
| 107 | 125 | 185 354.— | Neuenburg | 99 | 132 | 203 994.— | 47 875.— |
| 10 | 13 | 6 775.— | Nidwalden | 13 | 16 | 15 773.— | 5 081.— |
| 12 | 12 | 17 616.— | Obwalden | 13 | 15 | 21 721.— | 2 683.— |
| 118 | 149 | 155 758.— | St. Gallen | 101 | 154 | 165 900.— | 50 528.— |
| 36 | 40 | 68 432.— | Schaffhausen | 32 | 51 | 65 684.— | 5 378.— |
| 30 | 33 | 27 848.— | Schwyz | 38 | 62 | 53 507.— | 29 592.— |
| 259 | 307 | 337 232.— | Solothurn | 220 | 326 | 384 983.— | 108 184.— |
| 75 | 88 | 94 001.— | Tessin | 58 | 94 | 92 953.— | 22 738.— |
| 10 | 13 | 9 152.— | Uri | 13 | 17 | 8 002.— | 3 468.— |
| 104 | 140 | 162 172.— | Waadt | 84 | 145 | 165 944.— | 39 949.— |
| 50 | 66 | 65 262.— | Wallis | 54 | 88 | 83 774.— | 13 435.— |
| 3 | 9 | 15 242.— | Zug | 6 | 9 | 11 218.— | ./.1 916.— |
| 225 | 284 | 309 101.— | Zürich | 181 | 291 | 335 526.— | 72 291.— |
| 1 847 | 2 403 | 2 644 702.— | | 1 679 | 2 687 | 3 029 547.— | 762 725.— |
| | | | *3. Angehörige von Nichtkonkordatskantonen* | | | | |
| 60 | 78 | 86 721.— | Thurgau | 62 | 100 | 106 867.— | 8 271.— |
| 60 | 78 | 86 721.— | | 62 | 100 | 106 867.— | 8 271.— |
| | | | *4. Ausländer* | | | | |
| 168 | 204 | 298 223.— | Deutschland | 118 | 134 | 237 637.— | ./.6 055.— |
| 67 | 78 | 79 600.— | Frankreich | 66 | 98 | 81 944.— | 22 401.— |
| 180 | 257 | 158 167.— | Italien | 162 | 231 | 161 886.— | 89 376.— |
| 97 | 147 | 132 779.— | Übrige Länder | 108 | 151 | 152 254.— | 80 877.— |
| 512 | 686 | 668 769 | | 454 | 614 | 633 721.— | 186 599.— |
| 18 | 18 | 18 363.— | *5. Staat:* Kantonsfremde (FG 74/2) | 21 | 21 | 34 867.— | 17 955.— |
| 20 889 | 28 922 | 34 244 839.— | *Gesamtaufwendungen für die einzelnen Armenfälle* | 19 532 | 27 471 | 34 627 756.— | 17 121 855.— |